



Elisabeth Scharfenberg
Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecherin für Pflege- und Altenpolitik
Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen

Die Zukunft der Altenpflege aus politischer Sicht
Wie lassen sich die Interessen der Gesellschaft, der alten Menschen
und der Pflege-Beschäftigten zusammenbringen?

Vortrag beim Transferworkshop in Rehau am 25.10.2016

**Gesundheit und Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten
in der Altenpflege fördern**
Praxisbeispiele und wissenschaftliche Erkenntnisse

25.Oktober 2016
Diakonisches Sozialzentrum Rehau

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich darf mich sehr herzlich für die Einladung und die Gelegenheit hier sprechen zu dürfen, bedanken!

Wenn ich mir einen leicht augenzwinkernden Einstieg erlauben darf, so will ich mit der Bemerkung beginnen, dass schon der Titel, der mir für meinen Vortrag mit auf den Weg gegeben wurde, tief blicken lässt: „Die Zukunft der Altenpflege aus politischer Sicht – wie lassen sich die Interessen der Gesellschaft, der alten Menschen und der Pflege-Beschäftigten zusammenbringen?“

Wenn man das genau liest, gelangt man also zu dem Schluss, dass da auf der einen Seite die Gesellschaft ist und auf der anderen die alten Menschen und die Pflegekräfte. Alte und Pflegekräfte gehören also nicht zur Gesellschaft. Aha...

Ich weiß natürlich, dass das so nicht gemeint ist! Ist also gar kein Vorwurf, keine Sorge. Aber dennoch, irgendwie ist es fast ein Freud'scher Verschreiber, der mir einen guten Einstieg in mein Statement bietet. Denn ist es doch tatsächlich noch oft so, dass wir einen ungewollten Unterschied machen zwischen *der* Gesellschaft, verstanden als der großen Mehrheit der Menschen, die selbstständig ihrem Alltag nachgehen kann, ohne fremde Hilfe zurechtkommt, niemandem zur Last fällt, zu souveränen Entscheidungen befähigt ist. Sobald jedoch eine irgendwie sichtbare „Störung“ eintritt, sei es eine schwerwiegende, womöglich chronische Erkrankung, eine Behinderung, ein offener Migrationshintergrund oder eben auch eine sichtbare Hilfebedürftigkeit im Alter, passiert etwas. Die einst souveräne Rolle löst sich



Elisabeth Scharfenberg

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecherin für Pflege- und Altenpolitik
Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen

allmählich auf und droht selbst unter wohlmeinendem Einfluss von Angehörigen, Ärzten oder Pflegepersonal ganz zu verschwinden, die dem Hilfebedürftigen suggerieren: „Du bist jetzt auf Dritte angewiesen. Du entscheidest nicht mehr vollständig über Dich selbst.“

Ich weiß, das ist zugespitzt formuliert, aber mir geht es darum eine grundlegende Problematik zu verdeutlichen. Das Gegenteil dessen wäre, grundsätzlich davon auszugehen, dass alle Menschen ein Recht auf und auch das Bedürfnis nach weitgehender Teilhabe an der Gesellschaft haben. Eben nicht mehr von der Beeinträchtigung, Behinderung, Krankheit, Pflegebedürftigkeit eines Menschen aus zu denken und damit seine Hilfebedürftigkeit in den Vordergrund zu stellen. Sondern von seinen Teilhabe-Erwartungen auszugehen.

Ich erzähle damit nichts Neues. Inzwischen ist es ja in der pflegepolitischen Debatte weitgehender Konsens, dass tatsächlich die Teilhabe und die Stärken (Ressourcen) pflegebedürftiger Menschen in der Vergangenheit viel zu stark in den Hintergrund gerückt sind und es viel zu sehr um den bewahrenden Umgang mit Defiziten ging. Das ist im Grunde die Essenz der langjährigen Diskussion um die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs, der nunmehr mündet in die Einführung des sog. Neuen Begutachtungs-Assessments (NBA), das nächstes Jahr in Kraft tritt. Damit verbunden ist ja der Ansatz, dass schon bei der Erfassung der Pflegebedürftigkeit eben nicht mehr die Defizite, sondern der Grad der Selbstständigkeit, die Teilhabe im Vordergrund stehen soll. Ob sich das letztlich auch in den Leistungen niederschlagen wird, das allein bleibt abzuwarten.

Ich wollte jetzt aber gar nicht in die Diskussion um den Pflegebegriff einsteigen. Es geht mir um den folgenden Grundgedanken, den ich mal als eine Art These der weiteren Diskussion geben möchte:

Die Herausforderung der Versorgung pflege- und hilfebedürftiger Menschen *können* wir – erst recht in einer alternden Gesellschaft! – nur bewältigen, wenn Gesellschaft als die Gesamtheit aller hier lebenden Menschen verstanden wird. Menschen mit Pflegebedarf und/oder mit Behinderungen, arbeitslose Menschen, Migrantinnen und Migranten – man könnte die Aufzählung noch fortsetzen - sind Teil dieser Gesellschaft. Als solche müssen wir sie auch in den helfenden Berufen mehr verstehen. Wir helfen ihnen als autonomen *Subjekten*, die eigenständige Entscheidungen treffen und von denen wir nicht belastet werden, sondern die uns mit ihren Erfahrungen, ihrem Wissen und ihren vielleicht auch schon länger zurückliegenden Leistungen bereichern. Es bedarf also eines Umdenkens bei uns allen. Das wird auch nicht von heute auf morgen geschehen. Das wird seine Zeit dauern.

Aber, warum diese lange Vorbemerkung von mir? Was hat all das nun eigentlich mit den Pflegekräften zu tun, über die wir ja heute hier eigentlich bereits den ganzen Tag sprechen?

Dazu drei Ansätze: Zum einen ist es mit den Pflegeberufen ein bisschen ähnlich wie mit den Alten und Pflegebedürftigen. Deswegen auch mein Hinweis auf den ungewollt doppeldeutigen Titel des Vortrags. Es sind nicht unbedingt die Pflegeberufe, die als die starken Pfeiler, als die tragenden Säulen dieser Gesellschaft wahrgenommen werden. Ich will keine Klischees bedienen, aber das sind dann doch meist die Männerberufe. Ja, die Leistung der Pflegeberufe wird oft und auch immer öfter lobend erwähnt, die öffentliche Anerkennung nimmt durchaus zu, das ist fraglos so. Aber noch immer haben diese Loblieder einen leichteren oder auch schwereren paternalen, mitleidigen Touch.



Elisabeth Scharfenberg

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecherin für Pflege- und Altenpolitik
Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen

Zum Zweiten sind es aber vor allem die Pflegeberufe, die als erste Helfende der Pflegebedürftigen gleichsam zum Mittler zwischen ihnen und der Gesellschaft werden können. Ihnen kommt damit eine besondere Funktion zu, die wir als Gesellschaft, aber auch zu Teil die Pflegenden viel zu wenig wahrnehmen und würdigen.

Und drittens folgt für mich daraus, wenn die Pflegeberufe diese außerordentliche, sehr verantwortungsvolle Stellung haben, dann ist klar, dass wir ihre Tätigkeit nicht nur besser anerkennen, sondern auch ganz konkret besser unterstützen müssen.

Und damit sind wir bei der Frage, was können wir, was kann Politik, was können die Arbeitgeber, aber auch die Arbeitnehmerinnen, also die Pflegekräfte selbst tun, um die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsqualität an sich und für die Pflegekräfte zu verbessern?

Was beschäftigt Pflegekräfte denn eigentlich? Was belastet sie, welche Verbesserungen wünschen sie? Wir wissen eigentlich nicht wenig über die Arbeitsbelastungen von Pflegekräften, aber das ist zum einen recht unstrukturiert, zum anderen folgt bisher zu wenig aus unserem Wissen.

Klar ist aber in jedem Falle: Wir haben schon jetzt zu wenige Pflegekräfte und wenn wir nicht rasch etwas unternehmen, dann verstärkt sich das noch viel gravierendere Problem noch mehr, nämlich das Nachwuchsproblem in den Pflegeberufen. Schätzungen, bspw. der Bertelsmann-Stiftung u.a., gehen bis zum Jahr 2030 von einem zusätzlichen Bedarf von etwa 300.000, manche sogar zusätzlichen 500.000 Vollkräften in der Altenpflege, darunter etwa 140.000 Pflegefachkräfte. Bereits Ende 2016 fehlen voraussichtlich etwa 19.000 examinierte Altenpflegefachkräfte, heißt es seitens der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Wir haben also bereits ein riesiges Problem, und dass dies auch – und zwar zu einem beträchtlichen Teil auch an den Arbeitsbedingungen liegt – brauche ich Ihnen nicht zu erzählen.

Ich habe deshalb im April/Mai dieses Jahres selbst eine Online-Umfrage unter Pflegekräften durchgeführt, weil ich mehr erfahren wollte über die Probleme, aber auch Motivation von Pflegekräften und deren eigene Verbesserungsvorschläge. Ich darf einige Splitter der Umfrage hier vorstellen:

Immerhin 4.500 Personen beteiligten sich an der Umfrage, darunter fast 40 Prozent mit über 20 jähriger Berufserfahrung. Vertreten waren zu gleichen Teilen Beschäftigte in freigemeinnützigen, privatwirtschaftlichen wie öffentlichen Träger. 74 Prozent waren Frauen.

Was sind kurz gefasst ihre zentralen Aussagen? Nun ja, etwa drei Viertel der Befragten geben, sie könnten sich nicht vorstellen ihren Beruf bis zur Rente auszuüben. 45 Prozent sagen, sie empfehlen ihre Berufswahl anderen nicht. Allein daraus spricht ein hohes Maß an Enttäuschung und Erschöpfung. Trotzdem sind 85 Prozent stolz auf ihren Beruf. Und etwa 96 Prozent geben an die an meiner Umfrage unter Pflegekräften teilnahmen, nicht vorstellen. 45 Prozent empfehlen ihre Berufswahl nicht zur Nachahmung. Und dennoch sind 85 Prozent der Pflegekräfte stolz auf ihren Beruf. Fast 96 Prozent geben als Motiv für ihre Berufswahl an, dass sie mit Menschen arbeiten wollen, helfen und einen sinnvollen Beruf ausüben wollen.



Elisabeth Scharfenberg

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecherin für Pflege- und Altenpolitik
Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen

Deutlich wird aber eben auch, dass die Pflegekräfte sich mehr Anerkennung von allen Seiten wünschen, d.h. durch die Arbeitgeber, Pflegeheimbewohner und die Angehörigen, aber auch der Gesellschaft im Allgemeinen. Über 80 Prozent halten ihren Lohn für nicht leistungsgerecht, weit über 70 Prozent beklagen zudem den Personalmangel und den damit verbundenen Zeitdruck, der immer zu Abstrichen in der Pflege führe. Darunter leiden natürlich auch die Azubis, deren praktische Anleitung natürlich viel zu kurz kommt.

Entsprechend wünschen sich die Beschäftigten und Azubis, die an Umfrage teilnahmen eine angemessene Entlohnung, mehr Wertschätzung, ein besseres Image für ihren Beruf. Sie wünschen sich aber auch mehr Eigenverantwortung und Mitsprache in der Versorgung der Patienten, um die Qualität zu verbessern. Auch das Zuviel an Bürokratie wird oft thematisiert. Viele geben auch an, dass das betriebliche Gesundheitsmanagement besser werden müsse – angefangen von rückenschonenden Arbeitsweisen bis hin zu besseren Möglichkeiten der Selbstpflege.

Was heißt das für uns, also die Politik in Bund, Ländern und Kommunen, für die Arbeitgeber, also die Einrichtungen und Dienste und die Beschäftigten selbst?

Fest steht: Die Pflegeberufe müssen attraktiver werden, um die Beschäftigten möglichst lange im Job zu halten und vor allem, um Nachwuchs zu generieren. Deshalb lassen Sie mich ganz grob einige Punkte skizzieren, die sich meines Erachtens ändern bzw. die wir anpacken müssen:

Da die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege eine Gemeinschaftsaufgabe ist, sollte es ein Aktionsbündnis aus Politik in Bund, Land und Kommunen, Pflegekräften, Trägern und Arbeitgebern geben. Dieses sollte gemeinsam die notwendigen Schritte auf den verschiedenen Handlungsebenen diskutieren, festhalten und dann auch zur Umsetzung bringen. Auch die Beteiligung der Betroffenen, sprich der Selbsthilfe- und Verbraucherverbände sollte gesichert sein. Denn oberstes Ziel muss ja schließlich die bestmögliche Versorgung der pflegebedürftigen Menschen sein.

Wir brauchen dringend und endlich ein verbindliches Personalbemessungsinstrument und verbindliche Personalschlüssel für Pflegeeinrichtungen und auch Kliniken, also klare personelle Vorgaben, die vom tatsächlichen pflegerischen Versorgungsaufwand abgeleitet werden. Es ist gut, dass ein solches Instrument nun entwickelt werden soll. Bis Mitte 2020 soll das geschehen. Allerdings dauert das sehr lange – und viel schlimmer: Es fehlt jegliche Regelung, dass das Instrument dann auch verbindlich zur Anwendung kommt.

Selbst wenn es zur Anwendung kommt, was unerlässlich ist, muss aber auch gleichzeitig gesichert sein, dass ein Mehr an Personal auch finanziert wird. Deswegen ist auf Einhaltung der rechtlichen Neuregelung zu achten, wonach Tariflöhne bei der Verhandlung von Pflegesätzen nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden dürfen. Allerdings gilt das bisher nur für den stationären Bereich. Das muss auf den ambulanten Bereich ausgedehnt werden.

An einer fairen Bezahlung sollten die Arbeitgeber selbst ein großes Interesse haben, denn gerade in Zeiten des Personalmangels wird es perspektivisch nur so möglich sein, gute Kräfte zu gewinnen und zu halten.



Elisabeth Scharfenberg

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecherin für Pflege- und Altenpolitik
Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen

Es gibt weitere Punkte:

- Eng mit der Personalbemessung zusammenhängt die Forderung, dass wir auf Ebene der Länder regionale Monitorings brauchen, die den tatsächlichen Personalbedarf erfassen, um dort durch arbeitsmarktpolitische Mittel gezielt agieren zu können
- Der Pflegeberuf muss aufgewertet werden durch die Ausweitung selbstverantworteter Aufgaben. Nicht, um den Pflegekräften noch mehr aufzuhalsen, sondern um deutlich zu machen, was sie eigentlich können, um sie auf Augenhöhe zu anderen zu befördern
- Wir müssen hinkommen zu einem kreativen Personalmix, der qualifizierte Gesundheitsberufe in die Betreuung und Versorgung der zu Pflegenden einbezieht.

- Gerade in den Pflegeberufen müssen wir für familienfreundliche Arbeitsbedingungen sorgen, die es ermöglichen Familie und Beruf und ggf. auch Pflege im eigenen privaten Umfeld unter einen Hut zu bringen. Gerade die Pflege muss doch Vorbild sein und zeigen, dass dies vereinbar ist.
- Ggf. müssen Arbeitgeber auch dabei unterstützt und beraten werden, wie man neue, kreative, auch ungewöhnliche Arbeitszeitmodelle einführen kann. Evtl. brauchen wir Instrumente, wie man gerade kleinere Träger bei der Personal- und Organisationsentwicklung unterstützen kann.
- Die Arbeitgeber müssen erkennen, dass sie selbst viele Möglichkeiten haben, etwas zu verändern. Zahlreiche Beispiele aus der Praxis zeigen, wie man auch unter den geltenden Rahmenbedingungen einiges bewegen kann.

- Auszubildende dürfen nicht mehr auf den Stellenschlüssel angerechnet werden
- Mit der geplanten Reform der Pflegeausbildung sollte auch das Ziel verbunden sein, dass in allen Pflegebereichen eine gleichwertige Entlohnung üblich ist
- Die Reform der Pflegeausbildung darf nicht Gleichmacherei sein. Wir lehnen deshalb die geplante Ausbildungsreform ab, die zum Ziel hat, die bisherigen drei Pflegeberufe zu einem zusammenzuführen. Wir wollen eine Reform, die gleiches erforderliches Wissen bündelt, aber das Spezialwissen in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege erhält und die zugleich Wechsel zwischen den Berufen erleichtert und Aufstiegschancen verbessert.
- Ausdrücklich begrüßen wir hingegen das Ziel des Gesetzentwurfs, die Kostenfreiheit der Ausbildung bundesweit zu gewährleisten. Es ist kaum glaublich, dass die Azubis in manchen Bundesländern selbst für ihre schulische Ausbildung zahlen müssen.

Was können wir für die Pflegekräfte bzw. diese für sich selbst tun?

- Wir müssen Wege finden, die Selbstverwaltung der Pflegekräfte zu stärken, damit sie selbstbewusst für die eigenen Belange eintreten können.
- Sie dabei unterstützen, sich selbstbewusst als professionelle Fachkräfte wahrzunehmen, die gegenüber anderen Berufsgruppen, aber auch Arbeitgebern entsprechend selbstbewusst auftreten können.

Ich darf abschließen mit der Wiederholung des wichtigsten Appells: Nutzen müssen alle Verbesserungen vor allem den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen! Doch ein solcher Nutzen erschließt sich auch nur dann, wenn auch die Pflegekräfte gute Arbeitsbedingungen und eine hohe Arbeitszufriedenheit realisieren können.



Elisabeth Scharfenberg

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecherin für Pflege- und Altenpolitik
Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen

Es braucht einen Kulturwandel, den wir freilich nur schwer von heute auf morgen verordnen können, aber doch immer einfordern müssen: Wir müssen die Leistung von Pflegekräften mehr wahrnehmen und mehr würdigen.

Vielleicht hilft dabei auch der Gedanke vom Einstieg. Pflegekräfte können so etwas sein wie die Mittler zwischen den Pflegebedürftigen und der Gesellschaft.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!